

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 14. Februar 2019 – 3/2019

Religion und Rechtspopulismus

Oliver Hidalgo / Philipp W. Hildmann / Alexander Yendell /// Kulturchristentum, Heimatglaube, Feindbild Islam – die diffuse Inanspruchnahme der christlichen Religion durch Rechtspopulisten nimmt diverse Gestalten an, läuft aber stets auf ein Ziel hinaus: Das „Abendland“ gegen „Fremdgläubige“ zu verteidigen und eine ausgrenzende, religiös-nationalistische Identität zu schaffen. Umso stärker ist heute zwischen christlicher Ethik und rechtspopulistischer Politik zu differenzieren. Die folgenden sechs Thesen, aus denen sich konkreter Handlungsbedarf für eine aktuelle Politik aus christlicher Verantwortung ergibt, wollen hierzu einen Beitrag leisten.*

- In der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus kommt dem Thema Religion eine Schlüsselrolle zu.
- Rechtspopulisten nehmen das Christentum primär aus strategischen Gründen in Anspruch.
- Der zentrale Unterschied zwischen konservativ-christlichen und rechtspopulistischen Parteien wird durch die Haltung zu Demokratie und Religionsfreiheit markiert.
- Die Abwertung des Islam bei gleichzeitiger Bezugnahme auf christliche Werte durch Rechtspopulisten ist emotional konnotiert und folgt sozialpsychologischen Mustern.
- Das Gedankengebäude des Rechtspopulismus ist säkularen, nicht religiösen Ursprungs.
- Wer Politik aus christlicher Verantwortung heraus gestalten will, sollte die identitätspolitische Falle, in die Rechtspopulisten die Religion stoßen wollen, tunlichst vermeiden.

Religion und Rechtspopulismus

Oliver Hidalgo / Philipp W. Hildmann / Alexander Yendell

1. These: Die Religion betrifft eine Schlüsselfrage in der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Die beobachtbaren Schnittmengen in den Agenden, Programmatiken und Strategien religiöser und rechtspopulistischer Akteure bezeichnen eine große politische Herausforderung. Ein erfolgreicher Schlußschluss mit der Religion würde dem Rechtspopulismus einen Zuwachs an Legitimität versprechen, der seine Ziele erheblich begünstigen könnte. Entsprechend präzise gilt es zu analysieren, warum die Berufung auf das Christentum oder besser die Inanspruchnahme des christlichen Erbes gepaart mit einer strikt antiislamischen Rhetorik ein Hauptmerkmal darstellt, das fast alle rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in Europa miteinander teilen. An sich konträre Motivlagen, wie sie etwa die AfD, FPÖ oder SVP von der PVV in den Niederlanden, dem Front National oder der Dansk Folkeparti und mehr noch von der Lega Nord oder dem Vlaams Blok in Belgien unterscheiden (ganz zu schweigen von Fidesz oder der polnischen PiS), finden deswegen in der religiösen Frage einen signifikanten Nenner.

Der rechtspopulistisch geschürte Eindruck einer bevorstehenden Unterwanderung des „Abendlandes“ durch unkontrollierte Zuwanderung von Muslimen sowie einen falsch verstandenen „Multikulturalismus“ benennt zugleich die Aspekte, an denen die Grenzen zu gemäßigten konservativen Parteien zu verschwimmen drohen. Umso größer wird die Notwendigkeit, zwischen zwei Gruppierungen zu differenzieren: Denen, die sich den Werten eines christlich geprägten Europas tatsächlich verpflichtet fühlen, und denen, die in ihren Praktiken und Argumenten der ethischen Tradition aus Toleranz, Nächstenliebe und Verantwortung geradewegs widersprechen, um sich lediglich oberflächlich einen christlichen Anstrich zu geben.

Auch wenn religiöse Hintergründe für die Konstituierung rechtspopulistischer Denkmuster durchaus eine Rolle spielen, ist die Stoßrichtung doch eine andere: So neigen Rechtspopulisten dazu, ihre politischen Ziele – z. B. die Einheit der Nation, die Gemeinschaft des Volkes oder die Beschwörung eigener kultureller Größe – selbst zum Gegenstand (pseudo-)religiöser Verehrung zu erheben. Für gewöhnlich rückt der Rechtspopulismus daher von den inhaltlichen Kernbotschaften des christlichen Glaubens ab und bemüht die Religion lediglich als Identitätsmarkierung. Mit dieser lassen sich ethnische, sprachliche und kulturelle Unterschiede in eine vermeintlich höhere Dimension transportieren und radikal verabsolutieren. Umso einleuchtender wird, warum Rechtspopulisten „den“ Islam und „die“ Muslime als übergreifendes Feindbild benötigen, um ihrer oftmals völkischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Rhetorik einen Anschein von Legitimität zu verleihen.

2. These: Die Inanspruchnahme der christlichen Religion durch rechtspopulistische Akteure erfolgt primär aus strategischen Gründen.

Rechtspopulistische Agitatoren instrumentalisieren das Christentum in vielfältiger Weise. Bei der *Alternative für Deutschland* zeigt sich etwa klar, wie insbesondere die Untergruppierung „Christen in der AfD“ die nationalistischen, migrationsfeindlichen und islamophoben Haltungen der Gesamtpartei als „kulturkonservatives“ Christentum verharmlost. Das dahinterstehende Ziel ist, die eigene, extreme Position als Interesse der Gesamtbevölkerung zu verbrämen und nach außen zu relativieren, um auch für die gesellschaftliche Mitte wählbar zu sein. Die Berufung auf das Christentum kaschiert zudem den Umstand, dass Parteimitglieder und Repräsentanten der AfD mehrheitlich weder kirchliche noch religiöse Bindungen aufweisen.

Sehr durchschaubar wirkt gleichfalls die Strategie der *Lega* (ehemals *Lega Nord*) in Italien, sich als Verteidigerin christlicher Identität zu inszenieren. Zwar stellt sich die Lega explizit nur sporadisch in die Traditionslinie des Christentums. Wann immer es aber um die Ausgrenzung anderer Glaubensgemeinschaften – insbesondere der Muslime – sowie die Ablehnung liberaler Ideen geht, sind christlich-religiöse Bezüge willkommen. Hier lässt sich eine für rechtspopulistische Parteien typische, paradoxe „Mischargumentation“ nachweisen: Dass ebenso vehement auf die christliche Kultur wie auf die Säkularität Europas gepocht wird, um „den“ Islam als doppelten Widerspruch zu den europäischen Idealen zu stilisieren.

Der französische Fall enthüllt hingegen, wie sich die Vorsitzende des *Rassemblement National* (ehedem *Front National*), Marine Le Pen, aus strategischen Erwägungen geradewegs vom katholischen Fundamentalismus entfernt hat, der ihren Vater, Jean-Marie Le Pen, noch nachhaltig beeinflusst hatte. Zum einen wäre ein klares Bekenntnis zum Katholizismus für Marine Le Pens Präsidentschaftsambitionen kontraproduktiv. Zum andern kann sie durch ihr demonstratives Eintreten für die *laïcité* „den“ Islam umso leichter als Fremdkörper in der französischen Kultur herausstreichen.

3. These: Die Haltung zu Demokratie und Religionsfreiheit markiert den zentralen Unterschied von konservativ-christlichen und rechtspopulistischen Positionen.

Zwischen rechtspopulistischen und traditionell konservativen Standpunkten existieren unbestritten Überschneidungen. Der Stolz auf die eigene Kultur, die positive Bewertung konventioneller Geschlechterrollen, das Bekenntnis zu einer abendländischen Identität, eine vergleichsweise kritische Sicht auf den europäischen Einigungsprozess sowie eine eher restriktive Migrationspolitik benennen Ansichten, die zahlreiche Konservative mit Vertretern des Rechtspopulismus teilen. Anhänger einer fundamentalistischen Auslegung des Christentums legen mitunter sogar Haltungen an den Tag, die dem auf rechtspopulistischer Seite verbreiteten Hang zu Rassismus und Genderphobie wenig nachstehen.

Rechtspopulisten und Konservative lassen sich dennoch meist bezüglich ihrer Einstellung zur Religionsfreiheit unterscheiden. Anti-Islamismus und Diskriminierung von Muslimen zugunsten der eigenen Glaubensgemeinschaft sind deshalb bei Personen, die aus konservativ-christlicher Überzeugung Politik betreiben, weit seltener anzutreffen als beim rechtspopulistischen Mainstream. Ebenso wenig zeichnen sich christlich geprägte Konservative im Normalfall durch ein derart „nachfrageelastisches“ Verhältnis zur Religion aus, wie es in These 2 thematisiert wurde. Umgekehrt zielt die zur Schau gestellte rechtspopulistische Nähe zu konservativ-christlichen Politikauffassungen zwar darauf ab, in den entsprechenden

Wählerschichten zu wildern. Jene Strategie ist jedoch keineswegs exklusiv auf die Konservativen gemünzt, sondern nimmt gerne auch andere Affinitäten (etwa zur Sozialpolitik der Linken und Sozialdemokraten, zur Ökologie der Grünen etc.) im Sinne einer Catch all-Partei ins Visier. Solche programmatische Flexibilität dient abermals dem Ziel, das Label des Extremismus abzustreifen.

Ein ähnlicher Kontrast entpuppt sich in der Haltung zur Demokratie, die von (Rechts-)Populisten üblicherweise zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ beziehungsweise einem homogenen, identitären Volkskörper vereinseitigt wird. Anders als Konservative brauchen Rechtspopulisten die (christliche) Religion deswegen als „Lückenfüller“ für offenkundige Inkonsistenzen in ihrer eigenen Programmatik, will doch die von ihnen als antielitär und basisdemokratisch dargestellte Volksherrschaft nicht wirklich zu den ansonsten an den Tag gelegten anti-egalitaristischen Autoritätsvorstellungen passen. Die Haltungen zu Demokratie und Religionsfreiheit können somit insgesamt als plausible Kriterien veranschlagt werden, um Konservative und Rechtspopulisten sowie deren Wahlklientel nicht über einen Kamm zu scheren.

4. These: Die Abwertung des Islam durch Rechtspopulisten bei gleichzeitiger Bezugnahme auf christliche Werte ist emotional konnotiert und insofern sozialpsychologisch zu erklären.

Die Themen Zuwanderung und Islam sind emotional vorbelastet und verlangen darum eine sozialpsychologische Aufarbeitung, wie kollektive Vorurteile und Xenophobie entstehen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse hierzu sind relativ eindeutig: Islam- und muslimfeindliche Einstellungen lassen sich primär auf Ängste und Bedrohungsgefühle in der Mehrheitsbevölkerung zurückführen. In diesem Zusammenhang ist besonders die symbolische Bedrohung relevant: Angst haben islamfeindliche Menschen bevorzugt davor, dass ihre eigenen Werte und Weltanschauungen in Gefahr geraten und nicht mehr kulturell reproduziert werden. Diese Angst ist sogar stärker einzuschätzen als diejenige, Opfer eines Terroranschlags zu werden.

Die heute verbreiteten Reaktionen auf die Herausforderung durch den Islamismus sind deshalb gerade aus sozialpsychologischer Sicht problematisch. Unfreiwillig oder ganz bewusst treiben Rechtspopulisten die Spaltung in eine „westliche“ und eine „islamische“ Welt voran, indem sie die Erfolge des politischen Islam übertreiben und mit dem Verlust „westlicher Werte“ gleichsetzen. Auf beiden Seiten kommt es dadurch zu Abgrenzungs- und Radikalisierungsprozessen, die schlimmstenfalls zu einer Spirale von Ressentiments und Gewalt führen. Die (gefühlte) Gegensätzlichkeit geht so weit, dass sich sogar Konfessionslose und Atheisten in Ostdeutschland nach außen hin mit dem Christentum identifizieren, um dadurch ein vordergründiges Etikett für die Unterscheidung des „Wir“ von den „Anderen“, von „Freund“ und „Feind“ zu gewinnen.

Die Problematik verschärft sich, indem überdurchschnittlich viele Menschen mit autoritären Einstellungsmustern und narzisstischen Persönlichkeitsmerkmalen zum Wählerkreis der islamfeindlichen AfD zählen. Jene Eigenschaften gehen oft mit einem Mangel an Empathie einher, welche Voraussetzung ist für Solidarität und die Anerkennung der Bedürfnisse von anderen. Gerade eine Demokratie, in der die berechtigten Interessen unterschiedlicher Gruppen, Mehrheiten und Minderheiten ausbalanciert werden müssen, ist deshalb wie kein anderes System auf die Empathie ihrer Bürger angewiesen. Politik und politische Bildung sind folgerichtig gefordert, sowohl bestehende Ängste abzubauen als auch soziale Empathie zu unterstützen.

5. These: Die (pseudo-)religiöse Note des Rechtspopulismus besitzt eine starke Affinität zum Säkularismus, nicht zu einer authentischen „Religionsfreundlichkeit“.

Wie bereits bei der sakralen Einkleidung von Ideen wie „Nation“, „Kultur“ oder „Volk“ angedeutet (These 1), entspringt das Gedankengebäude des Rechtspopulismus insgesamt einem säkularen, keinem religiösen Impuls. Deswegen überwiegt die „Islamfeindlichkeit“ von Rechtspopulisten alle denkbaren „religionsfreundlichen“ Attitüden und wird etwa auch ein ursprünglich säkularer Antifeminismus religiös bemäntelt. Ein weiteres (scheinbares) Paradox rührt von der wahlstrategischen Positionierung des Rechtspopulismus zur Religion her (These 2). So äußern Rechtspopulisten ihre Forderungen zur Diskriminierung von Muslimen nicht offen antiliberal, sondern als fadenscheinige Verteidigung des Liberalismus gegen einen angeblich besiegelten antiliberalen Islam. In kommunikativer Verzerrung bedient ein solcher pseudoliberaler und pseudoreligiöser Rechtspopulismus bewusst vorhandene Ängste in der Gesellschaft (These 4), indem er weitgehend unbegründet das Porträt eines stark problematisierten, kulturalisierten und homogenisierten Islam zeichnet. Nach selektiver rechtspopulistischer Lesart werden „der“ Islam und „der“ Westen folgerichtig als abgeschlossene Einheiten vorgestellt, um auf dieser Basis muslimische Stimmen zu marginalisieren und das Problem des antimuslimischen Rassismus ausblenden zu können.

In rechtspopulistischer Verwendung wird Religion demzufolge zu einem gemeinsamen Identitätsmerkmal degradiert, das ein Gefühl der Zugehörigkeit jenseits konkreter religiöser Glaubensinhalte vermittelt. Das Schlagwort lautet „belonging without believing“. Der identitätspolitische Fluchtpunkt, der über die Religion gewonnen wird, kann die dahinterstehende allgemeine Religionsskepsis allerdings nur notdürftig verbergen. Analog fußt der kulturrassistische Ethno-Pluralismus, dem heute vor allem die *Identitäre Bewegung* in Westeuropa anhängt, welche sich von Frankreich aus vor allem in Deutschland, Italien, Österreich und Großbritannien ausgebreitet hat, auf keinen christlichen, sondern neopaganen oder atheistischen Prämissen.

6. These: Eine Politik aus christlicher Verantwortung muss die identitätspolitische Falle, in die Rechtspopulisten die Religion stoßen wollen, vermeiden.

Einseitig zugespitzte, verkürzte Debatten wie die missverständliche Frage, ob „der“ Islam zu Deutschland gehört oder nicht, laufen Gefahr, in die religionspolitische Fallgrube zu tappen, die die Rechtspopulisten mit Bedacht ausgehoben haben. Die identitätspolitische Verkennung der Religion als Merkmal bloßer Zugehörigkeit zu einem Kollektiv (These 5) wird allein durch eine solche Fragestellung performativ übernommen, so als würde der Glaube an eine bestimmte Religion die Identität von Individuen ultimativ determinieren. Eine derartige Vereinfachung wird weder der interreligiösen noch der intrareligiösen Vielfalt der Glaubensgemeinschaften in den demokratischen Rechtsstaaten Europas gerecht. Jene Heterogenität gilt nicht nur für die in diverse sunnitische und schiitische, salafistische und liberale (Unter-) Gruppen aufgespaltenen Muslime, sondern genauso für Christen, deren Überzeugungen eine immense Bandbreite an politischen Einstellungen zulassen. Dass es mithin sowohl Wahlverwandtschaften zwischen christlichen und rechtspopulistischen Positionen als auch (und sogar überwiegend) markant oppositionelle Haltungen von Christen gegenüber rechtspopulistischen Parolen gibt, kann demnach kaum überraschen. Dies könnte auf eine allgemeine Ambivalenz, ja ein „Paradoxon der Religiosität“ hindeuten. Für das Christentum hieße dies, dass Letzteres sowohl einen Korpus an Ideen wie Nächstenliebe

und Geschwisterlichkeit beinhaltet, der die Ausbildung rechtspopulistischer Vorurteile verhindert, als auch Parameter wie die Offenbarung, den göttlichen Bund oder den Willen Gottes, die unter Umständen Absolutheitsansprüche und somit Intoleranz und Radikalität befördern.

Eine politische Perspektive aus christlicher Verantwortung heraus kann angesichts solcher Vielfalt von vornherein keine übergreifende inhaltliche Agenda (etwa auf dem Feld der Flucht- und Migrationspolitik) festlegen. Auch gläubige Christen dürften in derart schwierigen politischen Fragen niemals einer Meinung sein. Was es momentan jedoch verstärkt zu reflektieren und zu verinnerlichen gilt, ist, dass es eben nicht nur der Logik des Grundgesetzes und des vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsatzes weltanschaulicher Neutralität entspricht, die Verschiedenartigkeit auf dem religiösen Sektor anzuerkennen. Sondern, dass auch die christliche Friedensbotschaft anstrebt, den realen Pluralismus der religiösen Sichtweisen, Wege und Überzeugungen zu respektieren. Die eigentliche Herausforderung, die durch die Inanspruchnahme der christlichen Religion durch rechtspopulistische Akteure entsteht, liegt folglich darin, jene plumpen Freund-Feind-Bilder, die der Rechtspopulismus kultiviert, nicht auf den Bereich des Religiösen abfärben zu lassen. Mit anderen Worten, eine christliche Identität zeichnet sich heute vornehmlich darin aus, im Namen der eigenen Vielgestalt sowie der historisch erbrachten Differenzierungsleistungen jeder rechtspopulistischen Identitätspolitik mitsamt ihren simplen Polarisierungen entgegenzuwirken.

Anmerkung

- * Vgl. ausführlich hierzu Hidalgo, Oliver / Hildmann, Philipp W. / Yendell, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus und Religion. Wiesbaden: Springer VS 2018 (= Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik. Heft 2/2018. Sonderheft).

PD Dr. Oliver Hidalgo

Privatdozent, Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg

Dr. Philipp W. Hildmann

Leiter Strategieentwicklung und Grundsatzfragen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Dr. Alexander Yendell

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Universität Leipzig